

Niederschrift

über die Sitzung des Rates



Sitzungs-Nr. : **Rat/017/14-20**
Sitzungs-Tag: **17.03.2016**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:52 Uhr**

Bürgermeister:

Temme, Hermann

CDU:

Anke, Frederik

Cardamone, Filomena

Disse, Ulrich

Gadzinski, Tobias

Giefers, Raimund

ab 18:10 Uhr

Grewe, Ursula

Groppe, Thomas

Koppi, Wolfgang

Menke, Hartwig

Neu, Heike

Oeynhausens, Uwe

Rode, Alexander

Simon, Dirk

Steinhage, Hermann

Wellsow, Viola

Wulff, Michael

SPD:

Beineke, Elisabeth

Hahn, Rüdiger

Heller, Manfred

Holtemeyer, Joachim

Koch, Hans-Jörg

Multhaupt, Dirk

UWG/CWG:

Gerson, Andreas

Tobisch, Johannes

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Hogrebe-Oehlschläger, Ulrike

Schulte, Meinolf

Liste Zukunft:

Heilemann, Stefan

bis 19:55 Uhr

Fraktionslos:

Klöhn, Kornelia

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter

Von der Verwaltung nehmen teil:

Groppe, Johannes

Kleinschmidt, Alexander

Loermann, Norbert

Oesselke, Andreas

Schlenhardt, Dominik

Werneke, Regina

Schriftführerin

Es fehlen die Ratsmitglieder:

Hanisch, Ewald

CDU

Kruse, Johannes

SPD

Rissing, Robert

UWC/CWG

Volkhausen, Erwin

UWG/CWG

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
<p>1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 und der Wirtschaftspläne des Kommunalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2016 Berichterstatter: Bürgermeister/StA Schlenhardt</p>	<p>363/2014 -2020</p>	
<p>2. Errichtung der städt. Grundschule Brakel im Wege der Zusammenlegung der selbstständigen Grundschulen (KGS und Annenschule) - Bestimmung der Schulart und Festlegung des Schulnamens- Berichterstatter: StOAR Loermann</p>	<p>368/2014 -2020</p>	
<p>3. Neubau einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge; 3. Bauabschnitt a) Festlegung eines Alternativstandortes b) Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW Berichterstatter: StBOAR Groppe</p>	<p>370/2014 -2020</p>	

4. Bekanntgaben der Verwaltung

5. Anfragen der Ratsmitglieder

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

TOP 3 Neubau einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge; 3. Bauabschnitt

einstimmig erweitert.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 und der Wirtschaftspläne des Kommunalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2016

363/2014
-2020

Berichterstatter: Bürgermeister/StA Schlenhardt

Bürgermeister **Temme** verweist einleitend auf die im Haupt- und Finanzausschuss durch die Fraktionen gestellten Änderungsanträge zum Haushalt 2016. Abschließend habe dieser der Haushaltssatzung mit den Anträgen einstimmig zur Annahme empfohlen. Sodann bittet er die Fraktionen um ihre Haushaltsreden, beginnend mit der CDU-Fraktion.

a) Haushaltsrede der CDU-Fraktion (Anlage 1)

In Vertretung des erkrankten Fraktionsvorsitzenden Hanisch trägt Ratsherr **Wulf** zum Haushalt 2016 vor und geht u. a. auf die Unwägbarkeiten künftiger Haushaltspolitik ein, wenn es um das Thema „Flüchtlinge und deren Aufnahme, Unterbringung und Betreuung“ gehe. Niemand wage eine Prognose, wie die Lage Ende 2016 wirklich aussehe.

Dennoch habe die Stadt Brakel das im vergangenen Jahr geplante Defizit von 2,3 Mio. € auf ein tatsächliches Defizit von 630.000 € „verbessern“ können und für die Folgejahre würden positive Jahresergebnisse in Aussicht gestellt.

In Brakel sei stets solide gewirtschaftet worden und er hebt hierbei lobend hervor, dass alle im Rat vertretenden Gruppierungen nicht nur an einem Strang, sondern auch in die gleiche Richtung gezogen hätten. So z.B. bei der Schulpolitik mit der Gründung der Gesamtschule und dem Zusammenschluss beider Grundschulen.

Weiter führt Ratsherr **Wulff** die durch die Fraktion gestellten Änderungs- und Prüfaufträge vor.

Abschließend erklärt Ratsherr **Wulff**, dass die CDU-Fraktion dem **Haushalt 2016** mit den noch zu beschließenden Änderungen **zustimmen** werde.

b) Haushaltsrede der SPD-Fraktion (Anlage 2)

Auch Ratsherr **Multhaupt** geht auf die Flüchtlingspolitik ein; der Haushalt der Stadt Brakel sei geprägt von diesem Thema. Investitionen zum Bau eines Flüchtlingsheimes, laufende Kosten und Personalkosten seien eingeplant. Dabei würden andere Themen in den Hintergrund rücken.

Zu der bereits durchgeführten Erhöhung der Wassergebühren sowie der Anhebung der Steuersätze mit Verabschiedung des Haushalts seien durch die SPD-Fraktion so mitgetragen worden. Im Vergleich zu den Nachbarkommunen stehe Brakel weiterhin sehr gut dar.

Die Investitionen in die Dorfgemeinschaftshäuser werden seitens der Fraktion sehr begrüßt. Auf Antrag der SPD-Fraktion seien Begehungen durchgeführt und ein Maßnahmenplan erstellt worden und er hoffe, dass weiterhin zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger auf den Dörfern investiert werde.

Zum Schluss geht Ratsherr **Multhaupt** auf die durch die SPD-Fraktion gestellten Anträge zum Haushalt ein wie z.B. der Einrichtung eines Kreisverkehrs unterhalb der Stadthalle.

Für die SPD-Fraktion erklärt Ratsherr **Multhaupt**, dass diese dem **Haushalt 2016 zustimmen** werden.

c) Haushaltsrede der UWG/CWG-Fraktion (Anlage 3)

Ratsherr **Tobisch** kritisiert in seiner Haushaltsrede die geplante Erhöhung der Grundsteuer B, diese würde dem Haushalt 2016 gerade einmal eine Mehreinnahme von 29.000 € einbringen. Zudem seien die Bürger in diesem Jahr bereits durch die Erhöhung der Wassergebühren belastet worden.

Die durch die Fraktion gestellten Anträge werden durch Ratsherrn **Tobisch** noch einmal kurz erläutert. Sein Unverständnis zeigt er gegenüber der Oberflächengestaltung der Innenstadt sowie der Investition von 2 Mio. € in das Haus Gaentzsch, das s. E. nur abrisstauglich sei.

Letztendlich sei die Fraktion der Meinung, dass die seitens der Stadt geplanten Investitionen in die falsche Richtung gehen würden, Steuererhöhungen seien nur schwer zu vermitteln.

Ratsherr **Tobisch** erklärt, dass aus diesen Gründen die UWG/CWG-Fraktion dem **Haushalt 2016 nicht zustimmen** werden.

d) **Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Anlage 4)**

Auch bei der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist die Flüchtlingspolitik das „vorherrschende“ Thema zu dem Ratsherr **Schulte** seine Meinungen ausführt. So könne er z. B. nicht verstehen, dass das BAMF das augenscheinliche Hilfsangebot der Kommunen, auch des Kreises Höxter nicht annehme. Den vielen Helferinnen und Helfern seitens der Ökumenischen Flüchtlingshilfe Brakel, den Aktiven auf den Dörfern spricht er seinen Dank aus und ergänzt einen, durch Bürgermeister Temme ausgesprochenen Satz „Wir schaffen das. In Brakel“ um den Zusatz „Weil wir es wollen!“

Zum Haushalt führt Ratsherr **Schulte** aus, dass Brakel stabil dastehe. Es werde gleichzeitig investiert und gespart. Die leichten Steuererhöhungen sehe er als vertretbar an.

Die radikale Abholzung an viele Straßen und Wegen wird seitens der Fraktion kritisiert und er schlägt ein Konzept vor, dass dem zuständigen Bauausschuss vorgelegt werden solle.

Weiter geht er auf die vielfältigen Aktivitäten auf den Dörfern ein und bittet um einen Tagesordnungspunkt im Herbst, damit die Öffentlichkeit einen aktuellen Überblick bekomme.

Die Zusammenlegung der Grundschulen sei der richtige Weg und die Gesamtschule fände guten Zuspruch, auch über Brakel hinaus.

Abschließend erklärt Ratsherr **Schulte** für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem **Haushalt 2016 zuzustimmen**.

Bürgermeister **Temme** dankt den Sprechern der Fraktionen für ihre Ausführungen. Auf seine Frage an die Ratsmitglieder **Klöhn** und **Heilemann** führt letzterer sein Statement aus worin er abschließen erklärt, dass er dem **Haushalt 2016 nicht zustimmen** werde.

Sodann führt Bürgermeister **Temme** die im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Änderungsanträge noch einmal auf.

Der Rat der Stadt Brakel stimmt wie folgt darüber ab:

Nr.	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
	CDU	
1.	Die Verwaltung möge die Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit der Vergabe der Kehrarbeiten an externe Anbieter prüfen. Die Neubeschaffung der Kehrmaschine wird bis dahin zurück gestellt.	einstimmig
2.	Begrenzung der Verpflichtungsermächtigung zur Neugestaltung Parkplatz Hallenbad auf 100.000 €	einstimmig
3.	Reduzierung der Mittel für die Gestaltung der Außenanlagen der Mensa auf 85.000 €.	einstimmig

	SPD	
1.	Bau eines Kreisverkehrs an der „Jibi-Kreuzung“	mehrheitlich abgelehnt, 9 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen
2.	Einstellung von 20.000 € Planungskosten für den eventuellen Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes am Sportzentrum Pahlenwinkel mit Sperrvermerk. Die Verwaltung erarbeitet unterdessen innerhalb eines Arbeitskreises mit den Vereinen ein „Sportstättenkonzept“.	einstimmig (Ratsherr Koch erklärte sich vorab für befangen)
3.	Zum neuen Grundschuljahr sollen für die Schulsozialarbeit Mittel in Höhe von 30.000 € in den Haushalt eingestellt werden für die Einrichtung einer halben Stelle an der neuen Grundschule.	mehrheitlich abgelehnt, 12 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen
	UWG/CWG	
1.	Die geplante Erhöhung der Grundsteuer B soll nicht durchgeführt werden.	mehrheitlich abgelehnt, 4 Ja-Stimmen 25 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen** die nachstehende Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 und den Wirtschaftsplänen des Kommunalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2016.

Haushaltssatzung der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Brakel mit Beschluss vom 17.03.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf 31.043.067,00 EUR

Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 31.673.274,54 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 29.931.485,00 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 31.018.947,54 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions-
tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 3.404.507,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions-
tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 5.253.051,43 EUR
festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 965.600,00 EUR festgesetzt.

§ 4

Die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 630.207,54 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur **Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000,00 EUR festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 240 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 429 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 417 v.H.

§ 7

Ein Haushaltssicherungskonzept wird nicht aufgestellt.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 GO NRW sind **geringfügig**:

1. wenn sie nicht einen Betrag von 3.000,00 € überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 GO NRW sind **unerheblich**:

1. bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen,
2. bei der Umschuldung von Krediten,
3. bei inneren Verrechnungen,
4. wenn sie durch zweckgebundene Spenden, Zuweisungen oder Zuschüsse gedeckt sind,

5. wenn sie nicht einen Betrag von 15.000,00 € überschreiten,
6. über 15.000,00 €, wenn sie das Finanzkonto um nicht mehr als 25 % überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für im Zuge des Jahresabschlusses erforderliche Abschlussbuchungen fallen unabhängig von der Größenordnung in die Zuständigkeit des Kämmerers.

Alle **erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt Brakel.

2. Errichtung der städt. Grundschule Brakel im Wege der Zusammenlegung der selbstständigen Grundschulen (KGS und Annenschule) - Bestimmung der Schulart und Festlegung des Schulnamens-

368/2014
-2020

Berichterstatter: StOAR Loermann

Bürgermeister **Temme** informiert über das Ergebnis der Elternwahl zur Schulart der neuen Grundschule in Brakel. So haben von 178 abgegeben Stimmen 116 für die Gemeinschaftsgrundschule gestimmt. Die Bezirksregierung habe mit heutigem Schreiben bereits zugestimmt.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Schulte** teilt Bürgermeister **Temme** mit, dass die Bezirksregierung in Kürze über das Internetportal „Stella“ die Stelle der Rektorin/des Rektors an der städt. Gemeinschaftsgrundschule ausschreiben werde, wobei natürlich alle Beteiligten hoffen, dass bis zum Start der Schule eine geeignete Person gefunden werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel nimmt die Feststellung des Abstimmungsergebnisses über die Schulart zur Kenntnis und beschließt **einstimmig** unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben einen Schulnamen.

Die von Amts wegen errichtete „städt. Grundschule Brakel –Primarstufe–“ (Hauptstandort: Klöckerst. 25, 33034 Brakel mit Teilstandort: Angerlinde 1, 33034 Brakel) wird vorbehaltlich der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde (BzRg Detmold) zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 (01.08.2016) als Gemeinschaftsgrundschule errichtet.

Die neue Grundschule trägt zum Errichtungszeitpunkt den Namen

städt. Gemeinschaftsgrundschule Brakel
–Primarstufe–

Hauptstandort: Klöckerstr. 25, 33034 Brakel
Teilstandort: Angerlinde 1, 33034 Brakel

Eine spätere Umbenennung auf Wunsch der Schule bzw. der Elternschaft bleibt hiervon unberührt.

3. Neubau einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge; 3. Bauabschnitt
a) Festlegung eines Alternativstandortes
b) Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW

370/2014
-2020

Berichtersteller: StBOAR Gruppe

Bürgermeister **Temme** verweist auf die vorausgegangene Sitzung des Bauausschusses, der diesen TOP an den Rat zur Entscheidung verwiesen habe. Obwohl derzeit der Zustrom an Flüchtlingen aufgrund der Schließung der Balkan-Route abnehme, müsse trotzdem weiter Unterbringungsmöglichkeiten geplant werden, weist Bürgermeister **Temme** darauf hin. Aktuell seien 424 Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge in Brakel zugewiesen. Er bittet StOAR **Loermann** um seinen Bericht.

StOAR **Loermann** geht auf die aktuellen Zahl ein, so seien derzeit aktuell 363 Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigt. In der Kernstadt Brakel stünden 5 Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung mit einer max. Belegung von 327 Plätzen, davon seien tatsächlich 176 Plätze belegt. Er weist darauf hin, dass nach den neuesten Prognosen die Kapazitäten dann ab Oktober 2016 ausgelastet wären.

Zum Beschlussvorschlag aus dem Bauausschuss bittet Bürgermeister **Temme** StBOAR **Groppe** um Vortrag.

StBOAR **Groppe** führt zum geplanten Standort am „alten Sportplatz“ aus, dass aufgrund der Hochwassergefahr die Obere Wasserbehörde eine Aufstockung durch einen Metallsteg gefordert habe. Des Weiteren müsse, falls man sich für diesen Standort ausspreche, die Zweckbestimmung festgelegt werden auf „Fläche für soziale Zwecke“. Der Bauausschuss habe dem Rat empfohlen, die erforderlichen Anträge für den Standort in der Ostheimer Straße, dem sog. „Alter Sportplatz“ zu stellen und weiter einen Alternativstandort zu bestimmen, auf dem die bereits vorliegenden Planungen realisiert werden könnten.

Hierzu führt StBOAR **Groppe** aus, dass vier mögliche Standorte geprüft wurden, wovon allerdings nur zwei in Frage kommen würden, u. a. in der Bökendorfer Straße. Die öffentliche Grünfläche müsste ebenso in einem Änderungsverfahren umgewandelt werden.

Bürgermeister **Temme** verdeutlicht abschließend die Wichtigkeit, hier konzeptionell weiter zu planen.

Ratsherr **Holtemeyer** führt als Vorsitzender des Bauausschusses die empfundenen Probleme mit dem Standort „Alter Sportplatz“ auf, hier besonders die Bauweise mit einem erhöhten Steg. Auch sehe er hier keine Nachnutzungsmöglichkeit, so dass man über das Projekt an dieser Stelle nicht weiter nachdenken solle. Er zeigt Verständnis, dass die Verwaltung teilweise auch unter Druck stehe bei ihren Planungen, jedoch sollte man sich bzgl. der Standortwahl auch die nötige Zeit nehmen und das Projekt zu Ende zu denken, bevor „Land und Leute verrückt gemacht werden“, so Ratsherr **Holtemeyer**.

Ratsherr **Tobisch** spricht sich ebenfalls gegen diesen Standort aus und befürwortet die Umsetzung an der „Bökendorfer Straße“.

Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** bemängelt den unterschiedlichen Wissensstand bzgl. des Gutachtens der IWUD.

Für die CDU-Fraktion formuliert Ratsherr **Wulff** eine Abänderung des Beschlusses durch den Bauausschuss wie folgt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Anträge für die Änderung des Bebauungsplanes für den Standort Ostheimer Straße „Alter Sportplatz“ zu stellen,
2. als Alternativstandort für die Errichtung der Flüchtlingsunterkunft in Appartementbauweise den Parkplatz im Einmündungsbereich Bökendorfer Straße/Lütkerlinde hinsichtlich Änderung des Bebauungsplanes zu prüfen und Bebauungsmöglichkeiten auszuloten sowie die Einwohnerversammlung zu verschieben.

Ratsherr **Tobisch** sieht sich mit Punkt 2 einverstanden, Ratsfrau **Cardamone** plädiert dafür, Wohnraum auf den Ortschaften anzumieten/-kaufen.

Ratsherr **Multhaupt** bittet um Sitzungsunterbrechung zur Beratung.

Bürgermeister **Temme** unterbricht die Sitzung in der Zeit von 19:30 Uhr bis 19:45 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Ratsherr **Multhaupt**, dass die SPD- und UWG/CWG-Fraktion gemeinsam abstimmen werden.

Ratsherr **Schulte** schlägt vor, den Antrag des Beschlusses der Ratssitzung vom 02.02.2016 aufzuheben und bis zur nächsten Bauausschuss-Sitzung nach weiteren Alternativen zu suchen.

Ratsherr **Multhaupt** sieht derzeit ebenfalls keine Eile, wenn man nach den derzeitigen Prognosen noch voraussichtlich bis Oktober Zeit habe. Er schlägt ebenfalls vor, bis zur April-Sitzung des Bauausschusses nach weiteren Alternativstandorten zu suchen und diese zu prüfen.

Ratsherr **Tobisch** stimmt diesen Vorschlägen zu.

Nach diesem Meinungsaustausch zieht Ratsherr **Wulff** den Antrag der CDU-Fraktion zurück, da sich die Fraktion mit dem Vorschlag einverstanden sehen.

Bürgermeister **Temme** lässt sodann wie folgt darüber abstimmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig** wie folgt:

1. Der Beschluss des Rates vom 02.02.2016 wird dahingehend aufgehoben, ein Flüchtlingsheim in Appartement-Bauweise in der Ostheimer Straße „Alter Sportplatz“ zu errichten.
2. Die Verwaltung prüft bis zur Sitzung des Bauausschusses am 27.04.2016 weitere Alternativstandorte und stellt die notwendigen Planungen dazu vor.

4. Bekanntgaben der Verwaltung

a) IT-Sicherheit

StOVR **Frischemeier** berichtet über die massiv gestiegene Gefahr durch vi-
renverseuchte E-Mails. Die sog. Verschlüsselungstrojaner, insbesondere an
Word- und Excel-Dateien könnten extreme Folgen für die Stadt Brakel ha-
ben. Aus diesem Grund habe die Stadt, genau wie viele andere Kommunen
und Firmen, die E-Mail-Filtersysteme streng konfiguriert. StOVR Frischemei-
er weist darauf hin und bittet um Verständnis, dass zukünftig vorzugsweise
PDF-Dateien oder Bildformate wie JPG, PNG beim Versand an die Stadt Bra-
kel zu verwenden sind.

5. Anfragen der Ratsmitglieder

a) Wirtschaftswege/Feldflur

Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** weist auf verdreckte Wirtschaftswege hin.
Bei Verunreinigungen mögen sich die Landwirte doch bitte auch um die Be-
seitigung bemühen. Gerade bei nassem Wetter bestehe hier äußerste
Rutschgefahr. Bürgermeister **Temme** schlägt vor, über eine Pressemittei-
lung darauf hinweisen zu lassen. Ebenso könne dies bei dem jährlichen Tref-
fen der Verwaltung und der Landwirtschaft angesprochen werden.

Weiter hinterfragt Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** die Abholzung der He-
cken. Diese seien nicht gestutzt sondern regelrecht entfernt worden.

b) Neues Asylbewerberheim

Auf die Nachfrage des Ratsherrn **Schulte** bzgl. einer Einweihungsfeier des
neuen Asylbewerberheimes (bei der Feuerwehr) erklären Bürgermeister
Temme und StOVR **Loermann**, dass hier bis zur Fertigstellung der Außen-
anlagen gewartet werden solle bzw. könne dies auch in Verbindung mit dem
2. Bauabschnitt durchgeführt werden.

c) Parkplatz Hallenbad

Ratsherr **Tobisch** macht darauf aufmerksam, dass der hintere Parkplatz am
Hallenbad durch Dauerparker anliegender Gebäude mitgenutzt werde.
StOAR **Loermann** weist darauf hin, dass dies allerdings ein freier Parkraum
sei und entsprechend genutzt werden könne. Er werde dies aber entspre-
chend prüfen lassen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.
Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

gezeichnete Unterschriften:

Hermann Temme
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)